

Studie: Krisen-Agenda von Aufsichtsräten weltweit

Politische Krisen und Handelskriege bestimmen laut der EY-Umfrage „**Global Board Risk Survey 2023**“ zunehmend die Aufsichtsratsagenda. Die Befragung von 500 Board- und Aufsichtsratsmitgliedern von Unternehmen mit mindestens einer Milliarde US-Dollar Umsatz ergab, dass 45 Prozent von ihnen mit starken oder sehr starken Auswirkungen von geopolitischen Krisen auf ihr Unternehmen und damit auch auf ihre Überwachungstätigkeit rechnen – in der vorangegangenen Befragung im Jahr 2021 lag der Anteil nur bei 34 Prozent.



Aufsichtsräte: Mit Blick auf die vielen weltweiten Krisen verändert sich auch die Einschätzung der Risiken.

Ähnlich stark gestiegen ist die Bedeutung von Lieferkettenunterbrechungen, die aktuell ebenfalls von 45 Prozent der Befragten als Top-Thema genannt wird. Vor zwei Jahren hielt nur knapp ein Drittel (32 Prozent) Lieferkettenunterbrechungen für eine Herausforderung, mit der sie sich im Rahmen ihrer Überwachung intensiv beschäftigen müssen. Das dritte Top-Thema sind Cyberangriffe, deren Bedeutung mit 45 Prozent sehr hoch geblieben ist. Allerdings sehen viele

Aufsichtsräte gerade hier noch großen Handlungsbedarf: Lediglich 31 Prozent der Befragten glauben, dass ihre Überwachung der möglichen Bedrohungen durch die digitale Transformation sehr effektiv ist.

Im Vergleich zur Vorgänger-Befragung haben die meisten der 13 abgefragten Risiken für die Unternehmensüberwachung an Bedeutung gewonnen. Besonders stark gewachsen ist das Risiko, dass neue Marktteilnehmer entstehen und dem

Unternehmen Marktanteile abnehmen könnten: von 22 auf 42 Prozent. Genauso stark an Bedeutung gewonnen hat das Risiko einer falsch ausgerichteten Unternehmenskultur. Allerdings: 60 Prozent der Befragten geben an, dass derartige neu aufkommenden Risiken bislang in ihrer Arbeit unzureichend berücksichtigt werden. Und während zwei Drittel zustimmen, dass ihre Unternehmen in dieser Hinsicht vor erheblichen Veränderungen stehen, sind nur ein Drittel zufrieden mit den eigenen Fähigkeiten, die Bemühungen des Managements bezüglich Vielfalt, Gerechtigkeit und Inklusion effektiv zu überwachen.

Der Aufsichtsrat als Kontroll- und Überwachungs- aber auch als Beratungsgremium müsse gerade in volatilen Zeiten eine deutlich aktivere Rolle einnehmen, resümiert die Studie: „Arbeitsaufwand und Intensität steigen, ein guter Einblick in die Arbeit des Unternehmens ist unerlässlich.“ Bei vielen Konzernen bestehe diesbezüglich allerdings noch Handlungsbedarf. So geben 40 Prozent der Befragten weltweit an, dass sie sich nicht öfter als zweimal im Jahr mit den Vorstandsmitgliedern des Unternehmens austauschen. *chk*

Studie: Bereitschaft zum Bericht über Steuerstrategie steigt

Die Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft PwC Deutschland (PwC) hat im Zuge einer neuen Studie die steuerliche Transparenz und Nachhaltigkeitsberichterstattung von führenden, börsennotierten Unternehmen weltweit analysiert. Die Untersuchung zeigt, dass Unternehmen vorrangig auf qualitative Angaben zur steuerlichen Transparenz setzen. Informationen zur Steuerstrategie und den internen Tax Compliance Management Systemen (TCMS) bzw. Tax Control Systemen (TCS) werden besonders häufig veröffentlicht.

Die vorliegende Studie erlaube erstmals einen internationalen Vergleich der steuerlichen Transparenzberichterstattung großer Konzerne, heißt es in einer Mitteilung von PwC. Unabhängig vom Standort der Unternehmen zeige sich, dass die Sektoren „Financial Services“, „Energy, Utilities and Resources“ sowie „Technology, Media and Telecommunications“ branchenweit die besten Ergebnisse in Bezug auf steuerliche Transpa-

renz und Nachhaltigkeit erzielten. Trotz der gestiegenen Bereitschaft zur Berichterstattung bleiben quantitative Angaben weiterhin selten, wobei regionale Unterschiede erkennbar seien.

Im EU-Binnenmarkt werde das Public CbCR-Format, wie es vom GRI 207-4 und dem Assessment 2 des S&P Global CSA empfohlen wird, vorherrschend bei der quantitativen steuerlichen Berichterstattung verwendet. Teilweise lasse sich

diese Tendenz auf die Public CbCR-Richtlinie zurück führen, die von den Mitgliedstaaten umgesetzt wurde und große EU-Konzerne ab Mitte 2024 zur Veröffentlichung verpflichtet. Dies werde voraussichtlich zu einem drastischen Anstieg der Public CbCR-Berichte führen, vermutet PwC. Einige Unternehmen in Großbritannien, Südafrika und Spanien wählen jedoch Total Tax Contributions (TTCs) als alternative Methode, „um ihren Beitrag zur Gesellschaft transparent darzustellen“.

PwC untersuchte für die Studie weltweit 269 Unternehmen. Im Vergleich zur Vorjahresstudie, die sich auf den DACH-Raum beschränkte, wurden in diesem Jahr fünf weitere Länder einbezogen, sodass ein breiteres Bild entsteht. Um eine gründliche Analyse der steuerlichen Transparenz und Nachhaltigkeitsbemühungen zu ermöglichen, haben die Experten für die aktuelle Studie die Methodik des Vorjahres beibehalten. Dabei wurde die Leistung der untersuchten Unternehmen anhand einer Vielzahl von international anerkannten Standards und Richtlinien gemessen. Hier geht es zur kompletten Studie: <https://pages.pwc.de/pwc-study-2023-tax-transparency-and-sustainability-reporting>